STADT ERFTSTADT

Der Bürgermeister

Az.: - 65 -

öffentlich

V 403/2017

Amt: - 65 -

BeschlAusf.: - - 65 - -

Datum: 17.08.2017

	gez. Längen, 1. Beigeordneter			
Kämmerer	Dezernat 4	Dezernat 6	BM	
gez. Böcking				
Amtsleiter	RPA			

Beratungsfolge

Termin

Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für öffentliche Ordnung und Verkehr	05.09.2017	vorberatend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung	14.09.2017	vorberatend
Betriebsausschuss Straßen	19.09.2017	beschließend
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	10.10.2017	beschließend

Betrifft: **Gestaltung und Unterhaltung der Kreisinsel des Kreisverkehrs L 162/ L263 in Erftstadt - Lechenich durch die Bürgergesellschaft Lechenich e.V.**

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten in €: keine	Erträge in €: keine	Kostenträger: Eigenbetrieb Straßen	Sachkonto: nicht erforderlich
Folgekosten in €: keine	Mittel stehen zur Verfügung: ☐ Ja ☒ Nein		Jahr der Mittelbereitstellung: nicht erforderlich
Nur auszufüllen, wenn Kostenträger Eigenbetrieb (Immobilien, Straßen, Stadtwerke)			
Wird der Kernhaushalt belastet: ☐ Ja ☒ Nein	Höhe Belastung Kernhaushalt: keine	Folgekosten Kernhaushalt: keine	

Unterschrift des Budgetverantwortlichen

Erftstadt, den

Beschlussentwurf:

Eine Übertragung der Gestaltung und Unterhaltung der Kreisinsel des Kreisverkehrs L 162/ L263 in Erftstadt - Lechenich durch die Bürgergesellschaft Lechenich e.V. sowie der hiermit verbundenen rechtlichen Regelungen wird zugestimmt.

Begründung:

Die Bürgergesellschaft möchte die Bedeutung der Lechenicher Landesburg den Bürgern und Besuchern von Lechenich näher bringen. Auf der Kreisinsel des Kreisverkehrs L 162/ L263 (Herriger Str./ Erper Str./ Vilskaul) sollen hierzu die Umrise der Lechenicher Landesburg aus Korstenstahl darstellt werden (siehe Anlage 1). Gleichfalls ist beabsichtigt die Kreisinsel optisch aufzuwerten. Hierzu hat sie beim Eigenbetrieb Straßen beantragt die Kreisinsel in Eigenregie umzugestalten und später dauerhaft zu pflegen. Der Stadt entstehen keine Kosten.

Der Landesbetrieb Straßenbau hat als Straßenbaulastträger bei einem Erörterungsgespräch am 13.07.2017 dem Vorhaben grundsätzlich zugestimmt. Er besteht jedoch darauf, dass vorab die Stadt mit Ihm in einer Verwaltungsvereinbarung die Ausführung und die nachfolgenden Verpflichtungen (Kostenregelungen, Rechte und Pflichten) sowie die Befugnisse verbindlich regelt. Hierzu hat der Landesbetrieb der Stadt bereits einen Entwurf dieser Vereinbarung zugeschickt (siehe Anlage 2). Diesem Entwurf kann aus Sicht der Verwaltung auch zugestimmt werden. Einer unmittelbaren Vereinbarung mit der Bürgergesellschaft lehnt der Landesbetrieb aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Analog zu der v.g. Verwaltungsvereinbarung wird die Stadt mit der Bürgergesellschaft zuerst einen Vertrag abschließen, in dem alle von der Stadt zu übernehmenden Verpflichtungen auf die Bürgergesellschaft weiter übertragen werden.

In Vertretung

(Hallstein)